

## LWL-KS-Newsletter

10. Jahrgang / Nr. 2  
März 2012

### Inhalt

- Nachrichten aus der LWL-Koordinationsstelle Sucht** **1**
- „Wendebroschüre“ bietet zwei Perspektiven auf ein Thema | Studie: Bedarf für kultursensible Angebote ist groß | Europäisches Netzwerk euro net plant weitere Projekte | Anmeldung für Suchtberater-Weiterbildung noch möglich | Eltern.aktiv zu Gast beim Präventionstag 2012 in München | Termine der LWL-KS-Arbeitskreise stehen fest | Blick in den LWL-KS-Fortbildungskalender
- Nachrichten aus Westfalen-Lippe** **6**
- LWL-Integrationsunternehmen zeigen sich auf Messe | Weniger Drogen-Notfälle in Münsters Konsumraum | Mehr junge Betrunkene beim Rosenmontagsumzug | Projekt für bessere Lebensqualität älterer Menschen | Münster will Alkoholsündern das Radeln verbieten | Mobil-Theken sind keine normalen Fahrzeuge
- Sucht- und drogenpolitische Nachrichten aus NRW, Bund, Ausland** **9**
- Strategie Drogen und Sucht mit neuen Schwerpunkten | Verbände fordern Kostenerstattung von Rauchfrei-Arzneien | Ministerium konkretisiert Übergangsmanagement-Erlass | Mehr Mittel für die Kommunalisierung der Suchthilfe gefordert | Auch private Einrichtungen dürfen einsperren | Ärzte dürfen Patienten Betäubungsmittel überlassen | Experten nicht einig über Cannabis-Legalisierung | Unterscheidung zwischen Kneipe und Gaststätte gekippt | Drogennutzung junger Erwachsener weitgehend unverändert | Männer holen bei Essstörungen auf | „Monitor“ untersucht Lobbyeinfluss auf Spielverordnung | Duisburg: 21 Jugendliche in FreD-Kurse vermittelt | Neue Drogen-Schnelltests bei der Hamburger Polizei | Methadon-Praxis-Gründung in Meerbusch gestoppt | „Fall Chantal“ entsetzt Fachwelt und Öffentlichkeit | LSD kann offenbar bei der Alkoholtherapie helfen
- Ankündigungen und Veröffentlichungen** **17**
- DG-SAS lädt zum zweiten Bundeskongress ein | Bundes-Drogenkongress mit Open-Space zur Suchthilfe-Praxis | Bietet Selbsthilfe Unterstützung für Medikamentenabhängige? | Ministerium fast Ergebnisse zu Eltern-Zugang zusammen | Expertise zur Vernetzung verschiedener Hilfesysteme | DHS spricht Kinder aus suchtblasteten Familien an | Impressum

Die in diesem Newsletter enthaltenen Internet-Links können angeklickt werden. Es öffnet sich dann der Internet-Browser und zeigt die entsprechende Seite an. Dazu muss eine Verbindung mit dem Internet bestehen.



Für die Menschen.  
Für Westfalen-Lippe.

## „Wendebroschüre“ bietet zwei Perspektiven auf ein Thema

**Münster** ▪ „Jugend Sucht Hilfe – Kooperationen zwischen den Hilfesystemen“ heißt der neue Materialienband, den die LWL-Koordinationsstelle Sucht demnächst veröffentlichen wird. Landesrat Hans Meyer wird die in dieser Form einzigartige Publikation Ende März bei der Jugendamtsleitertagung in der Halle Münsterland in Münster der Fachöffentlichkeit vorstellen.

Wie der Name es schon sagt, befasst sich die Materialie mit dem Blick der Jugendhilfe auf problematisch konsumierende oder auch abhängige Jugendliche und mit dem Blick der Suchthilfe auf denselben Themenkomplex. Gefördert sollen die Kooperationsmöglichkeiten zwischen den beiden eher getrennten Hilfesystemen.

Die Schrift verfolgt zwei Ziele: informiert werden soll über die speziellen Ansätze der beiden Hilfesysteme. Aus fachlicher Sicht soll darüber hinaus verdeutlicht werden, dass die Kooperation beider Systeme dringend notwendig ist.

Für die Autoren der Broschüre mit umfangreichen fachlichen Inhalten, Hintergründen, gesetzlichen Grundlagen und Fallbeispielen zum Thema lag es wegen der beiden Perspektiven nah, sie als „Wendebroschüre“ anzulegen. Von der einen Seiten blättert sich den Lesenden das Thema aus der Sicht der Jugendhilfe, von der anderen Seite aus der Suchthilfe-Perspektive auf.

Im Blickpunkt der Hilfe für suchtgefährdete oder -kranke Kinder und Jugendliche stehen diese selbst, aber immer auch ihre Eltern. Denn jedes Kind suchtkranker Eltern hat gute Aussichten auf ein suchtfreies, selbstbestimmtes Leben, wenn es früh Hilfe und Unterstützung für seine Entwicklung erfährt. Für Eltern süchtiger Kinder ist es wiederum hilfreich, wenn ihre Erziehungskompetenz durch Beratung und Unterstützung gestärkt wird.

### **Infolink**

---

Erhältlich ist die Publikation „M7 – Jugend Sucht Hilfe – Kooperationen zwischen den Hilfesystemen“ ab April dieses Jahres bei Jörg Körner von der LWL-Koordinationsstelle Sucht.  
[joerg.koerner@lwl.org](mailto:joerg.koerner@lwl.org)

Sie finden die Publikation dann auch zum Herunterladen auf unserer Homepage:  
<http://www.lwl-ks.de>

Beachten Sie auch den Bericht zu einer Expertise des Fachverbandes Drogen- und Suchthilfe zur Vernetzung der Hilfesysteme für problematisch konsumierende Kinder und Jugendliche in diesem LWL-KS-Newsletter:  
[Expertise zur Vernetzung verschiedener Hilfesysteme](#)

## Studie: Bedarf für kultursensible Angebote ist groß

**Münster/Köln** ▪ Martina Schu und Miriam Martin von der Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich (FOGS) haben im Auftrag der LWL-Koordinationsstelle Sucht (LWL-KS) und in Kooperation mit der Koordinationsstelle Sucht beim Landschaftsverband Rheinland eine „Bestandsaufnahme zu transkulturellen Kompetenzen in der Suchthilfe in NRW“ erstellt. Die jetzt veröffentlichte Expertise untersucht – gefördert durch das NRW-Gesundheitsministerium – die Zugangsbarrieren für Menschen mit Migrationshintergrund zu den psychosozialen Hilfeangeboten.

Die Kompetenzen der ambulanten und stationären Hilfeangebote sind sehr unterschiedlich. Überwiegend scheinen die Hilfeeinrichtungen eher selten Angebote für Zuwanderer-Zielgruppen vorzuhalten.

Nachdem die LWL-KS bereits 2006 eine entsprechende Umfrage für Westfalen-Lippe durchführte, soll mit der nun vorliegenden Bestandsaufnahme ein Beitrag für zukünftige Initiativen und Aktivitäten geleistet werden. Ein eigener Abschnitt widmet sich daher den Handlungsmöglichkeiten, z.B. im Rahmen des neuen Landeskonzeptes gegen Sucht.

Die Daten für die Bestandsaufnahme wurden im Herbst 2011 mit einem Fragebogen erhoben. 216 Rückmeldungen gingen ein. Insgesamt 260 Angebote in Nordrhein-Westfalen wurden ermittelt.

Etwa 20 Prozent der Hilfesuchenden haben eine Zuwanderungsgeschichte, ergab die Fragebogenauswertung. Allerdings haben eher wenige Einrichtungen fest verankerte kultursensible Angebote. Öfter werden aber bereits Fachkräfte mit speziellen Sprachkompetenzen oder einer Zuwanderungsgeschichte beschäftigt. Die Befragten äußerten großen Bedarf an einer Weiterentwicklung der transkulturellen Suchthilfeangebote.

### **Infolink**

---

Sie interessieren sich für die Bestandsaufnahme?  
Dann wenden Sie sich ab April an Kathrin Horre  
(Tel.: 0251 591-6891, Fax: 0251 591-5484).  
[kathrin.horre@lwl.org](mailto:kathrin.horre@lwl.org)

## Europäisches Netzwerk *euro net* plant weitere Projekte

**Paphos/Zypern** ▪ Paphos auf Zypern war Sitzungsort des Europäischen Netzwerkes für praxisorientierte Suchtprävention *euro net*. Rund ein Dutzend Länder hatten ihre Vertreterinnen und Vertreter zu dem Treffen entsandt. Inhaltlich ging es vor allem um den Zugang zu bildungsfernen und bildungsabgewandten Gruppen.

Derzeit bereitet *euro net* zwei weitere Projekte vor. Eines soll sich mit dem Thema „Intelligenzminderung“, ein weiteres mit der „Erreichbarkeit von Eltern über key persons“ befassen. Die nächste Arbeitssitzung von *euro net* soll im Oktober dieses Jahres in Münster ausgerichtet werden.

### **Infolink**

---

Das Europäische Netzwerk für praxisorientierte Suchtprävention informiert über seine Arbeit auf der Homepage  
<http://www.euronetprev.org>

## Anmeldungen für Suchtberater-Weiterbildung noch möglich

**Münster** ▪ Erstmals startet am 2. Mai der neu konzeptionierte „Aufbaukurs zum /zur Suchtberater/in (LWL)“. Die LWL-Koordinationsstelle Sucht bietet diese Weiterbildung den Absolventinnen und Absolventen des Grundkurses „Basiswissen Sucht“ sowie Hochschulabsolvierenden der Sozialen Arbeit, Sozialpädagogik, Pädagogik und Psychologie an.

Der Aufbaukurs befähigt die Absolventinnen und Absolventen praktisches, fundiertes Handwerkszeug für die Arbeit mit Menschen, die riskant Rauschmittel konsumieren oder süchtiges oder abhängiges Konsumverhalten aufweisen. Der 15-monatige Kurs gliedert sich in mehrere Seminarbausteine. Nach einer Start-Veranstaltung folgen drei aus mehreren Block-Seminaren bestehende Seminar-Bausteine.

Im ersten geht es um persönliche und fachliche Handlungskompetenz. Der zweite Baustein vermittelt Methoden-, medizinisches und rechtliches Wissen. Im dritten Seminar-Baustein können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wählen zwischen Inhalten zu ressourcenorientierten Ansätzen, dem Bereich „Trauma und Sucht“ oder einem individuellen Thema. Weitere Bausteine der Weiterbildung sind Supervision, regionale Arbeitsgruppen und Selbststudium sowie Hospitationen in Facheinrichtungen.

### Infolinks

---

Anmelden können Sie sich bei Alexandra Vogelsang  
(Tel.: 0251 591-3838).  
[alexandra.vogelsang@lwl.org](mailto:alexandra.vogelsang@lwl.org)

Informationsmaterial zu der Weiterbildung haben wir für Sie zusammengestellt auf der Seite:  
[http://www.lwl.org/LWL/Jugend/lwl\\_ks/Bildungsangebote/Weiterbildungen/aufbaukurs-zum-suchtberater-in-lwl](http://www.lwl.org/LWL/Jugend/lwl_ks/Bildungsangebote/Weiterbildungen/aufbaukurs-zum-suchtberater-in-lwl)

Über den Aufbaukurs wie auch den Grundkurs „Basiswissen Sucht“ berichteten wir im LWL-KS-Newsletter 5/2011:  
[Neuer Grundkurs „Basiswissen Sucht“ startet Weiterbildung „Suchtberater/in \(LWL\)“ neu konzipiert](#)

## Eltern.aktiv zu Gast beim Präventionstag 2012 in München

**Münster/München** ▪ Mit dem Projekt „Eltern.aktiv – Pro-aktive Elternarbeit in der ambulanten Suchthilfe und im Jugendschutz“, das von 2009 bis 2011 von der LWL-Koordinationsstelle Sucht (LWL-KS) gemeinsam mit der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) durchgeführt wurde, wird die LWL-KS zu Gast beim diesjährigen Deutschen Präventionstag sein. München ist Tagungsort der seit 1995 ausgerichteten Veranstaltung. Der Präventionstag ist der größte europäische Kongress für die Kriminalprävention.

Acht Städte und Gemeinden beteiligten sich an „Eltern.aktiv“. Parallel zum Bundesprojekt förderte der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ein regionales Projekt zum Thema, an dem sich vier westfälisch-lippische Jugendämter beteiligten.

Erprobt wurden Zugangswege zu den möglicherweise problematisch konsumierenden Jugendlichen über deren Eltern. Ihnen kommt eine Schlüsselfunktion zu, um Einfluss auf das Konsumverhalten Jugendlicher zu gewinnen. Zwar suchen vermehrt Eltern Hilfe und Unterstützung bei der Sucht- und Erziehungshilfe. Das Projekt strebte allerdings den systematischen Zugang zu dieser Gruppe an. Im Rahmen des Projektes wurden u.a. Produkte wie der

Leitfaden „Homeparty – ein Abend für Eltern“ und der Zertifikatskurs „Hilfe, mein Kind pubertiert“ erarbeitet.

Der Anlass für das Projekt war und ist gegeben: 20,4 Prozent der Altersgruppe – das sind rd. eine Million junge Menschen – gaben bei einer Befragung an, innerhalb des vorangegangenen Monats Rauschtrinken (fünf und mehr Einheiten zu einer Gelegenheit) praktiziert zu haben. 32 Prozent der 15-Jährigen rauchen täglich. Kiffen ist trotz sinkender Zahlen recht beliebt bei jungen Leuten.

## **Infolink**

---

Über das Projekt „Eltern.aktiv“ informiert sie die LWL-KS auf ihrer Internetseite:

[http://www.lwl.org/LWL/Jugend/lwl\\_ks/Praxis-Projekte/Eltern\\_aktiv\\_Start](http://www.lwl.org/LWL/Jugend/lwl_ks/Praxis-Projekte/Eltern_aktiv_Start)

Im vorigen LWL-KS-Newsletter berichteten wir über den Abschluss des Projektes:

„Eltern.aktiv“ zu Ende: [Birgit Kühne wurde verabschiedet](#)

Beachten Sie in diesem LWL-KS-Newsletter den Bericht:

[Ministerium fasst Ergebnisse zu Eltern-Zugang zusammen](#)

## **Termine der LWL-KS-Arbeitskreise stehen fest**

**Münster** ▪ Rege Aktivitäten entfalten die fünf von der LWL-Koordinationsstelle Sucht (LWL-KS) initiierten Arbeitskreise auch in den nächsten Monaten.

Bereits am 22. März 2012 trifft sich der Arbeitskreis „Suchtmedizinisch-qualifizierte Akutbehandlung in Westfalen-Lippe von Abhängigen legaler Drogen“ das nächste Mal. Das von Dr. Heinrich Elsner geleitete Gremium befasst sich seit 1999 mit Behandlungskriterien für die der im Arbeitskreistitel genannten Gruppe. Tagungsort ist das Martin-Luther-Krankenhaus in Bochum-Wattenscheid.

Am 19. April 2012 tagt der Arbeitskreis „Menschen mit chronischen Mehrfachschädigungen aufgrund von Abhängigkeitserkrankungen in Westfalen-Lippe“. Der Arbeitskreis wurde in der Folge eines Workshops der LWL-KS im vorigen Jahr ins Leben gerufen. Daran nehmen vor allem Vertreter von Wohneinrichtungen teil, die chronisch abhängigkeitskranke Menschen betreuen.

Eine Woche später, am 26. April 2012, trifft sich der Arbeitskreis „Mann & Sucht“. Seit vielen Jahren nimmt diese Gruppe bereits männerspezifische Aspekte der Suchthilfearbeit in den Blick. Über das aktuelle Oberthema „Vaterabwesenheit und Sucht“ wird Hans-A. Hüsgen aus Düsseldorf referieren.

Auch ein Arbeitskreis „Internet- und Medienabhängigkeit“ existiert im Portfolio der LWL-KS. Er tritt das nächste Mal am 3. Mai 2012 beim Arbeitskreis für Jugendhilfe e.V. in Hamm zusammen. Gegründet wurde er im Dezember des vorigen Jahres als Ergebnis zweier Fachtagungen der LWL-KS.

Bereits jetzt sollten sich die Mitglieder des Arbeitskreises „Tabakentwöhnung“ den nächsten Termin am 29. Oktober 2012 vormerken. Der Arbeitskreis versteht sich als Austauschforum für die Absolventinnen und Absolventen der Zertifikatsfortbildungen zur Tabakentwöhnung, die die LWL-KS von 2002 bis 2009 mit dem Institut für Therapieforchung München und dem Wissenschaftliche Aktionskreis für Tabakentwöhnung Frankfurt angeboten hat.

## **Infolink**

---

Weiterführende Informationen zu den Arbeitskreisen auf der folgenden Seite:

[http://www.lwl.org/LWL/Jugend/lwl\\_ks/beratung-und-vernetzung/Arbeitskreise](http://www.lwl.org/LWL/Jugend/lwl_ks/beratung-und-vernetzung/Arbeitskreise)

## Blick in den LWL-KS-Fortbildungskalender

**Münster** ▪ Im Fortbildungskalender der LWL-Koordinationsstelle Sucht finden Sie in der nächsten Zeit folgende Angebote:

- ✔ **Mittwoch bis Freitag, 2. bis 4. Mai 2012:** Fortbildung „Kraft schöpfen für den Alltag in der Suchthilfe“. Akademie Biggensee, Attendorn.  
Anmeldeschluss: 30. März 2012.
- ✔ **Dienstag, 8. Mai 2012:** Fortbildung „Qualitätsanforderungen an Entlassberichte aus der medizinischen Rehabilitation Sucht“. LWL-Klinik Münster.  
Anmeldeschluss: 17. April 2012.
- ✔ **Mittwoch bis Freitag, 23. bis 25. Mai:** Fortbildung „Verloren in virtuellen Welten? Diagnostische und psychotherapeutische Ansätze bei pathologischem PC- und Internet-Gebrauch.“ Liudgerhaus, Münster.  
Anmeldeschluss: 11. April 2012.
- **Montag bis Freitag, 11. bis 15. Juni:** Zertifikatskurs „FreD – Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten.“ Franz-Hitze-Haus, Münster.  
Anmeldeschluss: 30. April 2012
- **Freitag bis Samstag, 22. bis 23. Juni:** Fortbildung „Energetische Psychotherapie nach Dr. Fred Gallo“, Das Bunte Haus, Bielefeld.  
Anmeldeschluss: 07. Mai 2012
- **Donnerstag bis Samstag, 28. bis 30. Juni:** Fortbildung „Rückfallprophylaxe bei Drogenabhängigkeit“, Liudgerhaus, Münster  
Anmeldeschluss: 14. Mai 2012

### Infolinks

Mit inhaltlichen Fragen zu den Fortbildungen wenden Sie sich an Barbara Harbecke (Tel.: 0251 591-5508).  
[barbara.harbecke@lwl.org](mailto:barbara.harbecke@lwl.org)

Anmeldungen nimmt Elisabeth Rocklage (0251 591-5383) entgegen.  
[elisabeth.rocklage@lwl.org](mailto:elisabeth.rocklage@lwl.org)

Auf der Homepage der LWL-Koordinationsstelle Sucht finden Sie in der rechten Spalte immer unseren Kalender mit den jeweils nächsten Veranstaltungen. Von dort gelangen Sie auch zu Detail-Informationen.  
<http://www.lwl-ks.de>

## LWL-Integrationsunternehmen zeigen sich auf Messe

**Münster/Gütersloh** ▪ 85 Integrationsunternehmen informieren am Donnerstag, 22. März, über ihre Arbeit bei der LWL-Messe der Integrationsunternehmen in der Halle Münsterland. In Integrationsunternehmen – 113 sind in Westfalen-Lippe tätig – arbeiten Menschen mit und ohne Behinderung zusammen. Ihr Zweck ist es, die Inklusion ihrer Beschäftigten in den Arbeitsmarkt zu fördern. Deshalb bieten sie ihre Produkte auch auf dem freien Markt an. Die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in Integrationsunternehmen ist im Schnitt um die Hälfte billiger als deren Betreuung in Behinderten-Werkstätten.

Eines der Unternehmen, die in Münster ausstellen, ist die Firma „Komet“ aus Gütersloh. Es liefert vor allem Bauteile für einen renommierten Landmaschinenhersteller aus dem Ostwestfälischen. Das Unternehmen startete als Außenstelle der LWL-Klinik Gütersloh und wird heute noch vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe gefördert.

Bei Komet werden unter anderem auch Suchtkranke wieder ins Arbeitsleben eingegliedert. Dabei wird ihre noch nicht wieder voll erreichte Leistungsfähigkeit berücksichtigt. Unter anderem macht sich das in Einzelfällen in längeren Pausen oder einem höheren Krankenstand bemerkbar. Zwei Mal in der Woche besuchen Sozialarbeiter den Betrieb und unterstützen die Beschäftigten.

**Quelle:** LWL-Pressemitteilung, 1. Februar 2012,  
[http://www.lwl.org/pressemitteilungen/  
mitteilung.php?urlID=26312](http://www.lwl.org/pressemitteilungen/mitteilung.php?urlID=26312)

## Weniger Drogen-Notfälle in Münsters Konsumraum

**Münster** ▪ 46 Menschen wurden voriges Jahr im Drogenkonsumraum des Vereins Indro in Münster wegen Überdosierungen oder gefährlichem Mischkonsum ärztlich behandelt. In vier Fällen bestand sogar Lebensgefahr. Verglichen mit dem Jahr 2010 sank damit die Zahl der „Drogennotfälle“ um ein Viertel. Denn damals wurden 64 Menschen ärztlich behandelt.

Dr. Wolfgang Schneider, Indro-Vorsitzender, führte die gesunkene Notfall-Zahl bei der Präsentation seiner Jahresbilanz auf Erfolge der Indro-Präventionsarbeit zurück. Gegenüber dem Vorjahr sank 2011 auch die Zahl der Konsumvorgänge in der Indro-Einrichtung. 13.738 Mal wurde dort vor allem Heroin konsumiert. Erfolgreich verlief auch das Spritzentausch-Programm. Pro Woche wurden jeweils zirka 3.000 gebrauchte Spritzen gegen neue getauscht und die alten entsorgt.

### Infolink

---

Den Indro-Jahresbericht finden Sie auf der deutschen Startseite der Vereins-Homepage:  
<http://www.indro-online.de/startindexdeutsch.htm>

**Quelle:** Münstersche Zeitung, 2. Februar 2012,  
<http://goo.gl/1ye4H>

## Mehr junge Betrunkene beim Rosenmontagsumzug

**Münster/Borghorst** ▪ Alljährlich wird zur Karnevalszeit und besonders am Rosenmontag das Münsterland zum Alkoholmissbrauchskrisengebiet. Vor allem Jugendliche schauen während des närrischen Treibens auf den Straßen zu tief ins Glas. Ebenfalls seit Jahren versuchen Schulen und Präventionseinrichtungen die jungen Menschen stark und selbstbewusst genug zu machen, um maßvoll durch die tollen Tage zu kommen. Dieses Jahr scheint das in Münster nicht so richtig geklappt zu haben.

Von deutlich mehr schwer betrunkenen Jugendlichen, die ersthelferisch behandelt werden mussten, berichtet das Deutsche Rote Kreuz (DRK). Das DRK war beim Rosenmontagsumzug in der Westfalen-Metropole im Einsatz und kam am Ende des Tages auf 180 Hilfeinsätze – von der Schnittwunde bis zur Alkoholvergiftung. Nach einem Pressebericht waren das 50 Fälle mehr als noch im Vorjahr. 42 Mal mussten die Behandelten ins Krankenhaus gebracht werden. Vier Mal war sogar ein Notarzt dabei. Der jüngste Patient war 14 Jahre alt.

Das Amt für Kinder und Jugendliche der Stadt Münster startet im Rahmen seiner Kampagne „Voll ist out“ jedes Jahr vor Karneval eine Informationsoffensive. Unter anderem warb das Jugendprinzenpaar für den verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol bei den Festivitäten. Auch wurden Zweier-Teams aus Jugendlichen während der Karnevals durch die Straßen, Kneipen und Jugendtreffs geschickt, um mit den Gleichaltrigen über den Alkoholkonsum ins Gespräch zu kommen.

In Borghorst nutzte die Nikomedes-Hauptschule die Karnevalszeit, um mit ihren Siebtklässlern Suchtpräventionswochen durchzuführen. Zunächst wurden sie theoretisch mit Informationen zu legalen und illegalen Drogen versorgt. Bei einem Aktionstag gab es dann unter anderem einen Theaterworkshop, einen Rauschbrillen-Parcours und viele weitere Aktivitäten.

### Infolink

---

Die Kampagne „Voll ist out“ des Münsterschen Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien erreichen Sie unter der Internetadresse:

<http://www.vollistout.de/>

**Quellen:** **Münsterland-Zeitung, 20. Februar 2012,**  
<http://goo.gl/h25hN>  
**Mitteilung des DRK Münster, 20. Februar 2012,**  
[http://www.drk-muenster.de/wer\\_wir\\_sind/aktuelles/2012/02/13626.php?listID=1503](http://www.drk-muenster.de/wer_wir_sind/aktuelles/2012/02/13626.php?listID=1503)  
**Presse-Information der Stadt Münster, 26. Januar 2012,** <http://www.presse-service.de/data.cfm/static/817137.html>  
**Presse-Information der Stadt Münster, 20. Januar 2012,** <http://www.presse-service.de/data.cfm/static/816800.html>  
**Münsterländische Volkszeitung,**  
**17. Februar 2012,** [http://www.mv-online.de/lokales/kreis\\_steinfurt/steinfurt/1885426\\_Was\\_ist\\_eigentlich\\_Sucht.html](http://www.mv-online.de/lokales/kreis_steinfurt/steinfurt/1885426_Was_ist_eigentlich_Sucht.html)



## Projekt für bessere Lebensqualität älterer Menschen

**Schmallenberg** ▪ „Sucht im Alter“ ist ein Schwerpunkt eines Kooperationsprojektes der Fachklinik Fredeburg mit dem Caritasverband Brilon, das durch das Bundesgesundheitsministerium gefördert wird. Hintergrund des Projektes ist, dass laut NRW-Gesundheitsministerium immer mehr Seniorinnen und Senioren suchtkrank werden. Allein 300.000 ältere Menschen sollen auf problematische Weise mit psychoaktiven Medikamenten umgehen. Hinzu kämen 80.000 ältere Alkoholikerinnen und Alkoholiker, schätzt das Ministerium. Gesundheitliche und soziale Hilfesysteme sollen künftig stärker kooperieren, um die Lebensqualität älterer Menschen in diesem Bereich zu verbessern. Damit entspricht das Vorhaben der Fachklinik Fredeburg auch einem Schwerpunkt in der neuen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung.

### Infolink

---

Die Fachklinik Fredeburg informiert über ihr Behandlungskonzept für ältere Menschen in ihrem Internet-Angebot:  
[http://www.fachklinik-fredeburg.de/Seiten\\_Senioren.aspx](http://www.fachklinik-fredeburg.de/Seiten_Senioren.aspx)

**Quelle:** [derwesten.de](http://www.derwesten.de), 29. Januar 2012,  
<http://www.derwesten.de/gesundheit/sucht-unter-senioren-nimmt-zu-auch-kiffen-wird-ein-thema-id6295045.html>

## Münster will Alkoholsündern das Radeln verbieten

**Münster** ▪ Auch Radfahrerinnen Radfahrer müssen demnächst eventuell zum „Idiotentest“. Das Ordnungsamt Münster beabsichtigt, notorischen Alkoholsündern auch das Radfahren zu verbieten. Die gemäß Fahrerlaubnis-Verordnung bereits länger bestehende, aber nicht angewandte Möglichkeit entspricht praktisch also dem bewährten Führerschein-Entzug.

Münsters Ordnungsamtsleiter Martin Schulze-Werner begründete die geplante Maßnahme damit, dass alkoholisiertes Radfahren genauso gefährlich sei wie das Steuern eines Autos unter Alkoholeinfluss.

Kontrolliert werden kann die „Leezen-Abstinenz“ allerdings nur schlecht. Um wieder legal pedalieren zu können, müssen die Ex-Alkoholsünder ihre dauerhafte Fahrtüchtigkeit nachweisen. Das kann auch bedeuten, dass sie eine „Medizinisch-psychologische Untersuchung“ absolvieren müssen.

**Quelle:** Münstersche Zeitung, 8. März 2012

## Mobil-Theken sind keine normalen Fahrzeuge

**Münster/Düsseldorf** ▪ Das Oberverwaltungsgericht (OVG) NRW in Münster hat dem sogenannten Bier- oder Party-Bikes den Status als normale Fahrzeuge genommen. Der Betrieb der vorwiegend von Männern genutzten, pedalgetriebenen rollenden Bierzeltgarnituren inklusive Zapfanlage auf öffentlichen Straßen bedürfe der Sondergenehmigung, stellte das OVG in einem Grundsatzurteil fest.

Geklagt hatte der Betreiber eines solchen Gefährts aus Düsseldorf. Die dortige Stadtverwaltung hatte die Nutzung der Mobil-Theken auf öffentlichen Straßen untersagt. Das Urteil bestätigte die Stadt Düsseldorf in ihrer Rechtsauffassung.

**Quelle:** AKP 1/2012, S. 8

## Strategie Drogen und Sucht mit neuen Schwerpunkten

**Berlin** ▪ 16 Millionen Menschen rauchen und 9,5 Millionen Menschen in Deutschland trinken problematisch Alkohol. Das hat die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans, bei der Vorstellung ihres Drogen- und Suchtberichtes bekanntgegeben. Etwa 200.000 Menschen sterben jedes Jahr an Alkohol und Tabak.

1,4 Millionen gelten als medikamentenabhängig, jeweils 200.000 Menschen nehmen Cannabis beziehungsweise illegale Drogen, 260.000 gelten als spielsüchtig, 275.000 als problematische Spieler. 250.000 Menschen sollen internet- oder medienabhängig sein und weitere 1,4 Millionen Menschen nutzen das Internet problematisch häufig.

Dyckmans kündigte an, sich dafür einzusetzen, dass Onlinesucht als eigene Krankheit eingestuft werden soll. Bei der Vorstellung ihres Berichtes räumte Dyckmans ein, dass der Bund im laufenden Jahr mit 22,25 Millionen Euro für Maßnahmen im Bereich der Drogen- und Suchtpolitik eine Million Euro weniger als im Vorjahr ausbebe. Dyckmans sagte, die gesunkenen Bundeszuweisungen müssten Länder und Kommunen ausgleichen.

Das Bundeskabinett beschloss Mitte Februar die von der Drogenbeauftragten erarbeitete „Nationale Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik“. Darin wird mehr Beratung und Aufklärung über Sucht und Drogen gefordert. Die Strategie löst ein Vorgängerwerk aus dem Jahr 2003 ab. Raphael Gassmann, Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS), lobte die neue Strategie. Es würden die richtigen Schwerpunkte gesetzt und auf veränderte Rahmenbedingungen reagiert, sagte er. Damit meinte er unter anderem die geplanten Schwerpunktsetzungen auf Themen wie „Sucht im Alter“ oder „Binge Drinking“.

Gabriele Bartsch von der DHS wies gerade bezogen auf die Alkoholproblematik darauf hin, dass das Problem bereits vor einer manifesten Sucht beginne. Die alkoholbedingten Erkrankungen setzten weit vorher ein und verursachten entsprechende gesellschaftliche Folgekosten. In einem Pressekommentar wurden diese Kosten mit 26,7 Milliarden Euro jährlich beziffert.

### Infolink

---

Unterlagen zur Nationalen Strategie für die Drogen- und Suchtpolitik finden Sie auf der Internetseite der Bundesdrogenbeauftragten:  
<http://goo.gl/cBH4U>

**Quellen:** Osnabrücker Zeitung, 15. Februar 2012, <http://goo.gl/K4V2a>  
onmeda.de, 17. Februar 2012, <http://goo.gl/vD7RR>  
ZWD Frauengesundheit & Politik online, 16. Februar 2012, <http://goo.gl/LDYSk>  
General-Anzeiger online, 16. Februar 2012, <http://goo.gl/Mj7kU>  
welt.de, 16. Februar 2012, <http://goo.gl/v3C1Z>

## Verbände fordern Kostenerstattung von Rauchfrei-Arzneien

**Berlin** ▪ Die Krankenkassen sollten endlich die Kosten für die Raucherentwöhnung erstatten. Das fordern verschiedene Bundesverbände und Gesellschaften der Suchtforscher, -mediziner und -therapeuten und Pneumologen, die Deutsche Herzstiftung, das Deutsche Krebsforschungszentrum und der Wissenschaftliche Arbeitskreis Tabakentwöhnung in einem Brief an Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr. Das Ansinnen werde derzeit verschleppt, weil das Gesundheitsministerium entsprechende Empfehlungen des Gemeinsamen Bundesausschusses der Kassen, Ärzten und Krankenhäuser nicht umsetze. Verwiesen wird in dem Schreiben auch auf ein Urteil des Schweizer Obersten Bundesgerichtes, das die Nikotinsucht anderen Abhängigkeitserkrankungen gleichstelle.

Die Erstattung der Kosten für die Raucherentwöhnung wird derzeit noch durch Paragraph 34 des Sozialgesetzbuches 5 verhindert. Darin werden landläufig „Lifestyle-Medikamente“ genannte Präparate von der Kostenerstattung ausgeschlossen. Ist der Paragraph erkennbar auf Viagra, Haarwuchsmittel, Fettreduzierer und ähnliches hin formuliert, werden darin aber auch Präparate zur Raucherentwöhnung genannt.

Auch Pharmakonzerne sprechen sich insofern deutlich für eine Änderung dieser Regelung aus. Die Krankenkassen hingegen sperren sich dagegen und verweisen unter anderem darauf, dass Arzneimittel unter Umständen den Nikotinausstieg noch hinauszögern.

### Infolink

---

Den offenen Brief an das Bundesministerium für Gesundheit finden Sie unter anderem auf der Internetseite der Deutschen Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie.  
[http://www.dg-sucht.de/cms/images/stories/Offener\\_Brief.pdf](http://www.dg-sucht.de/cms/images/stories/Offener_Brief.pdf)

Quelle: faz.net, 25. Januar 2012, <http://goo.gl/3w5i6>

## Ministerium konkretisiert Übergangsmangement-Erlass

**Düsseldorf** ▪ Das Landesjustizministerium hat einen Erlass vom vorigen Jahr zum Übergangsmangement für suchtkranke Haftentlassene konkretisiert. Unklarheiten hatte es unter anderem darüber gegeben, wie bei den jeweils individuell abzuschließenden Vereinbarungen für das Übergangsmangement die Vertragspartner zu identifizieren seien.

Der Ministeriumserlass vom 14. April des vorigen Jahres hatte beispielsweise festgelegt, dass Institutionen aus den Regionen einzubinden seien, in die der Häftling entlassen werde. Damit seien Einrichtungen gemeint, die belastbare Hilfestellungen leisten könnten, beispielsweise Betreuungseinrichtungen für Substituierte, schreibt das Ministerium nun.

Eine weitere Unklarheit betraf die Regelung, dass Einrichtungen nicht berücksichtigt werden sollen, die sich in erheblicher räumlicher Distanz zwischen der Justizvollzugsanstalt (JVA) und dem vorgesehenen Wohnort des zu Entlassenden befinde. Dies sei so zu verstehen, dass eine erhebliche Distanz dann gegeben sei, wenn die Institution nicht originär für den Ort der JVA zuständig sei. In diesen Fällen kann es extra vereinbarte Kostenerstattungen geben.

Quelle: inforum sucht, 2. März 2012, <http://www.inforum-sucht.de/seiten/mainframeneuwsdetail.asp?ID=559>

## Mehr Mittel für die Kommunalisierung der Suchthilfe gefordert

**Düsseldorf** ▪ Mehr Mittel für die Kommunalisierung der Sucht-, Drogen- und AIDS-Hilfe fordert die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW in seiner Stellungnahme zu Haushaltsplanentwurf der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Die Rahmenvereinbarung zwischen der Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden und den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, in der die Verwendung der Landesmittel für den Einzelplan 15 des Haushaltsplanes (Bekämpfung der Suchtgefahren) geregelt wurde, sei bereits im Mai 2011 ausgelaufen. Nun müsse das Land die Mittel für die Kommunalisierung so aufstocken, dass angemessene Strukturen auf kommunaler Ebene aufgebaut und bestehende Angebote auf anderen Ebenen nicht abgebaut werden müssten.

**Quelle:** Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW, 16. Januar 2012

## Auch private Einrichtungen dürfen einsperren

**Karlsruhe** ▪ Nur aus Kostengründen darf der Maßregelvollzug nicht auf private Anbieter übertragen werden. Ist der Einsatz von Beamten sachlich nicht erforderlich, dürfen die freiheitsentziehenden Maßnahmen für Gefangene sehr wohl privat durchgeführt werden. Mit einem entsprechenden Urteil wies das Bundesverfassungsgericht im Januar die Beschwerde eines psychisch kranken Straftäters ab, der gegen die gewaltsame Verbringung in eine Zelle durch Angestellte einer privaten Klinik in Hessen geklagt hatte.

Ein solches Handeln sei nur in gefährlichen Situationen rechtmäßig, urteilten die Richterinnen und Richter. Im konkreten Fall sei die Klageabweisung auch damit zu begründen, dass der Maßregelvollzug dort nur formell-organisatorisch privatisiert worden sei. Träger sei nach wie vor die öffentliche Hand.

**Quellen:** tagesschau.de, 18. Januar 2012, <http://www.tagesschau.de/inland/privatisierung100.html>  
Münstersche Zeitung, 18. Januar 2012, <http://goo.gl/7UhGm>

## Ärzte dürfen Patienten Betäubungsmittel überlassen

**Berlin** ▪ Besonders bei tödlich verlaufenden Krankheiten, die sich vermutlich im Endstadium befinden, sollen Apotheken und Ärzte ihren Patienten künftig bestimmte Betäubungsmittel überlassen dürfen. Das sehen verschiedene Änderungen vor, die das Bundeskabinett plant.

Geändert werden sollen die Apothekenbetriebsordnung und das Betäubungsmittelrecht. Anlage III des Betäubungsmittelgesetzes soll so geändert werden, dass Ärzte den Patienten einen „Vorrat“ an Arzneien überlassen dürfen, wenn der Bedarf durch eine Verschreibung und die folgende Abholung in einer Apotheke nicht mehr rechtzeitig gedeckt werden könne.

**Quelle:** aerzteblatt.de, 1. Februar 2012, <http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/48967>

## Experten nicht einig über Cannabis-Legalisierung

**Hamburg** ▪ Bestehende Gesundheitsgefahren, aber auch eine Risikosteigerung durch die Illegalisierung von Cannabis. So lassen sich die Meinungen zusammenfassen, die bei einer Expertenanhörung des Bundestags-Gesundheitsausschusses zusammengetragen wurden. Geladen waren neun Fachleute, die sich zum Antrag der Fraktion der Linkspartei auf Legalisierung von Cannabis und die Einrichtung von „Cannabis-Clubs“ äußern sollten.

Prof. Dr. Rainer Thomasius vom Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf gab zu bedenken, dass Cannabis bei zehn Prozent der Konsumierenden zu einer körperlichen Abhängigkeit führe. Hans-Günther Meyer-Thompson von der Deutschen Gesellschaft für Suchtmedizin führte die in den letzten Jahren stark gestiegenen THC-Gehalte von Cannabis auf „Marktmechanismen“ durch die Kriminalisierung des Stoffes zurück. Der gestiegene Wirkstoffgehalt war von Oberstaatsanwältin Hannelore Biniok von der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt/Main als Argument gegen eine Erhöhung der geduldeten Eigenbedarfsmenge auf 30 Gramm angeführt worden. Dr. Nicole Krumdiek von der Universität Bremen verwies darauf, dass der bestehende Schwarzmarkt die Kontrolle von Qualität aber auch Quantität von Cannabis erschwere.

Prof. Dr. Thomasius ergänzte seine Argumente in einem Interview mit dem Deutschlandfunk dahingehend, dass er auf das junge Cannabis-Einstiegsalter verwies. Komme es in sehr jungen Jahren von 13 oder 14 Jahren bereits zu manifestem Missbrauch der „weichen“ Droge, könne dies massive Folgeschäden auslösen. Die Niederlande seien dafür ein Beispiel.

Seine Meinung wurde weitgehend geteilt von Frank-Ulrich Montgomery, dem Präsident der Bundesärztekammer. Er sprach sich für mehr Prävention und Aufklärung aus, anstatt Cannabis-Clubs einzurichten. Auch die Bundesdrogenbeauftragte Mechthild Dyckmans äußerte sich entsprechend.

### Infolink

---

Den Antrag der Linkspartei-Bundestagsfraktion auf die weitgehende Entkriminalisierung von Cannabis finden Sie als Bundestagsdrucksache im Internet.

<http://dip.bundestag.de/btd/17/071/1707196.pdf>

**Quellen:** **dradio.de, 25.1.2012,**

[http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview\\_dlf/1660528/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1660528/)

**Heute im Bundestag, 25.1.2012,**

[http://www.bundestag.de/presse/hib/2012\\_01/2012\\_044/01.html](http://www.bundestag.de/presse/hib/2012_01/2012_044/01.html)

**Mitteilung von Harald Tepe, MdB, 26. Januar**

**2012, <http://goo.gl/2TG8K>**

**aerzteblatt.de, 25. Januar 2012,**

<http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/48891>

## Unterscheidung zwischen Kneipe und Gaststätte gekippt

**Hamburg** ▪ Das Hamburgische Nichtraucherschutzgesetz ist in Teilen verfassungswidrig. Das hat das Bundesverfassungsgericht im Februar entschieden. Kassiert wurde die Unterscheidung zwischen Gaststätten, in denen Speisen gereicht werden, und Kneipen mit reinem Getränkeauschank. In Letzteren durften angetrennte Raucherzonen und -räume eingerichtet werden, in Ersteren nicht. Die Richterinnen und Richter hielten die Hamburger Regelung offenbar für willkürlich.

**Quelle:** **zdf.de, 21. Februar 2012, <http://goo.gl/iXwEW>**

## Drogennutzung junger Erwachsener weitgehend unverändert

**Berlin/Köln** ▪ Kinder und Jugendliche konsumieren weniger Tabak, Alkohol und Cannabis als vor zehn Jahren. Das geht aus der Drogenaffinitätsstudie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hervor, die Anfang Februar von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans, vorgestellt wurde. Befragt worden waren 5000 junge Menschen zwischen zwölf und 25 Jahren. Die Ergebnisse zeigen auch, dass sich die Nutzungsmuster von Rauschmitteln im Erwachsenenalter kaum verändert haben.

Rückläufig sind laut Prävalenzstudie die Raucherzahlen in allen Altersgruppen. Hingegen stieg die Quote der Jugendlichen mit regelmäßigem Alkoholkonsum auf 14 Prozent. Die Neigung zum Kiffen sank um die Hälfte. Bei Volljährigen liegt der regelmäßige Alkoholkonsum hingegen weiter bei knapp unter 40 Prozent. Gestiegen ist die Zahl jungen Erwachsenen, die Rauschtrinken praktizieren. Auch der Cannabis-Konsum blieb bei den jungen Erwachsenen stabil.

### Infolink

---

Die Studie „Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2011“ finden Sie im Internet-Angebot der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Sie haben die Wahl zwischen einer Ergebniszusammenfassung und dem vollen Bericht.

<http://goo.gl/F4lZJ>

**Quelle:** **taz.de, 10. Februar 2012,**  
<http://www.taz.de/Suchtverhalten-junger-Deutscher/!87497/>  
**Mindener Tageblatt, 10. Februar 2012**

## Männer holen bei Essstörungen auf

**Leipzig** ▪ Essstörungen betreffen nach wie vor deutlich mehr Frauen als Männer. Der Anteil essgestörter Männer steigt aber. 5,9 Prozent der Frauen und 1,5 Prozent der Männer sind essgestört. Das haben Forscherinnen am Leipziger Integrierten Forschungs- und Behandlungszentrum (IFB) Adipositas-Erkrankungen in einer repräsentativen Studie ermittelt.

Nach wie vor gilt: Je jünger die Frau oder der Mann, umso höher das Risiko für Essstörungen. Vor dem 24. Lebensjahr erkranken Frauen deutlich häufiger daran. Eine europäische Studie ergab für sie ein achtfach erhöhtes Risiko.

Herausgefunden haben die Verfasserinnen auch, dass mehr Fälle von Fettleibigkeit als bisher angenommen auf Essstörungen zurückzuführen sind. Fettleibige Frauen leiden elfmal häufiger als normalgewichtige Frauen an Essstörungen. Bei Männern weisen sogar 20 Mal mehr Fettleibige eine Essstörung auf als Normalgewichtige.

**Quelle:** **Pressemitteilung 2012/033 der Universität Leipzig, 7. Februar 2012,** <http://goo.gl/MDoVU>

## „Monitor“ untersucht Lobbyeinfluss auf Spielverordnung

**Köln** ▪ Mit dem Einfluss der Glücksspielautomatenlobby auf die Gesetzgebung hat sich das politische Magazin „Monitor“ des WDR-Fernsehens befasst. Vor allem an zwei Beispielen verdeutlicht der Beitrag, wie die Glücksspielautomatenindustrie die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes auszuhebeln versucht. Zu Wort kommen Ilona Füchtenschnieder vom Fachverband Glücksspielsucht, Jörg Weißleder, Sachverständiger für Glücksspielautomaten, und Paul Gauselmann, der ein Unternehmen leitet, das eben diese Automaten herstellt.

Geschildert wird, wie beispielsweise der Spielertrag am Automaten spiel sich fast verdoppelt hat, was der Intention des Gerichtsurteils widerspricht. In der Spielverordnung des Bundeswirtschaftsministeriums werde das sogenannte „Punktespiel“ ignoriert. Geldeinzahlungen an Glücksspielautomaten würden dabei in Punkte umgerechnet, die dann während des Spiels vermehrt werden könnten. Die Auszahlung eines möglichen Geldgewinns geschehe zeitlich gestreckt. Auf diese Weise ließen sich statt der eigentlich zulässigen 500 Euro pro Stunde bis zu 1.000 Euro verspielen.

Als Folge intransparenter Spenden- und Sponsoringaktivitäten durch die Automatenindustrie sei außerdem die Kontrolle der Glücksspielautomaten aus der Verordnung gestrichen worden, behauptet der Beitrag. Bislang wurden die Geräte regelmäßig durch Sachverständige geprüft.

### Infolink

---

Den Fernsehbeitrag können Sie sich auf der Internetseite der Sendung anschauen. Dort finden Sie auch die verschriftlichte Fassung zum Herunterladen.

<http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2012/0301/automaten.php5>

## Duisburg: 21 Jugendliche in FreD-Kurse vermittelt

**Duisburg** ▪ Über das Duisburger FreD-Projekt berichtet „Zeus“, das Jugend-Projekt des Online-Portals derwesten.de. Eine junge Reporterin berichtet über den Frühinterventionsansatz für erst auffällige Drogenkonsumierende, der ab 2001 von der LWL-Koordinationsstelle Sucht entwickelt worden ist.

In Duisburg wird FreD durch die Fachstelle Suchtvorbeugung und Jugendsuchtberatung des Diakonischen Werkes Duisburg umgesetzt. Bis Ende des vergangenen Jahres sind 21 Jugendliche in Duisburg von der Polizei in FreD-Kurse vermittelt worden. Von einem Teilnehmer ist bekannt, dass er danach wieder straffällig geworden ist. Insgesamt hat es voriges Jahr in Duisburg 167 Strafverfahren gegen Jugendliche wegen illegalen Drogenbesitzes gegeben.

### Infolink

---

Über FreD und das Nachfolge-Projekt „FreD goes net“ erfahren Sie mehr auf der Internetseite

<http://www.fred-projekt.de>

**Quelle:** derwesten.de, 24. Februar 2012,  
<http://goo.gl/eWyxa>

## Neue Drogen-Schnelltests bei der Hamburger Polizei

**Hamburg** ▪ Die Hamburger Polizei hat neue Drogen-Testgeräte im Einsatz. Menschen, die durch die Ordnungshüter mit Verdacht auf Drogen am Steuer aufgegriffen worden waren, mussten bislang eine Urinprobe abgeben. Nun wird auf der Polizeiwache eine Speichelprobe entnommen, die durch ein Schnellanalysegerät ausgewertet wird. Das Gerät weist den Konsum von Marihuana, Kokain, Heroin oder Designerdrogen auch noch nach mehreren Tagen nach. Die genaue Menge muss allerdings weiterhin durch einen Bluttest bestimmt werden.

Die Notwendigkeit für derlei Kontrollen ist gegeben. Denn nach Erfahrungen der Hamburger Polizei enden Unfälle unter Drogeneinfluss besonders oft mit schweren Verletzungen oder gar tödlich. Eine britische Meta-Studie hat darüber hinaus jüngst ergeben, dass besonders Cannabis am Steuer ähnlich gefährlich ist wie alkoholisiertes Autofahren. Das Risiko eines Unfalls steige in den ersten drei Stunden nach dem Cannabis-Konsum um 92 Prozent.

**Quellen:** **Hamburger Morgenpost**, 27. Februar 2012, <http://goo.gl/t6QqT>  
**aerzteblatt.de**, 10. Februar 2012, <http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/49088>

## Methadon-Praxis-Gründung in Meerbusch gestoppt

**Meerbusch** ▪ Am Widerstand der Bevölkerung ist nach Ansicht des Arztes Dr. Michael Kirch die Eröffnung seiner Praxis für Substitutionspatientinnen und -patienten im Meerbuscher Ortsteil Büberich gescheitert. Der Mediziner hatte die Eröffnung auf Initiative der Kreis-Gesundheitskonferenz geplant. Zuvor betrieb er eine ähnliche Praxis in Düsseldorf. Dort habe es keine Probleme gegeben. Auch die Befürchtung der künftigen Praxis-Nachbarn, dass herumlungernde Drogensüchtige das Straßenbild bestimmen würden, seien nach seinen Erfahrungen unbegründet. 80 Prozent der Patienten seiner alten Praxis gingen einer geregelten Arbeit nach.

**Quelle:** **rp-online.de**, 3. Januar 2012, <http://goo.gl/8ODRS>

## „Fall Chantal“ entsetzt Fachwelt und Öffentlichkeit

**Hamburg** ▪ Geschockt reagierten Öffentlichkeit und Facheinrichtungen auf den „Fall Chantal“, der sich zum Jahresbeginn in Hamburg ereignet hatte. Ein Mädchen starb, weil es Methadon der Pflegeeltern verzehrt hatte. Auf politischer Ebene strebt die Hamburger Jugendbehörde nun beispielsweise an, die Informationserhebung zu Pflegefamilien, aber auch die Erfassung von leiblichen Kindern, die bei substituierten Eltern leben, zu verbessern. Die örtliche CDU forderte darüber hinaus Haarprobenentnahmen bei Kindern, die in Haushalten mit Substitutionspatienten leben. Diese Forderung ist laut einem Pressebericht bereits vor dem aktuellen Unglücksfall erhoben worden.

### Infolink

---

Ein großes Informationspaket zum „Fall Chantal“ hat die Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin geschnürt und in Ausgabe 59 ihres Newsletters vom Februar veröffentlicht. <http://goo.gl/ZI4OI>

**Quelle:** **welt.de**, 18. Februar 2012, <http://goo.gl/pcjsl>



## LSD kann offenbar bei der Alkoholtherapie helfen

**Trondheim/Norwegen** ▪ LSD, die mittlerweile weitgehend verbotene, „bewusstseinsweiternde“ chemische Substanz aus der Hippie-Ära kann möglicherweise bei der Behandlung Alkoholkranker helfen. Dafür verantwortlich ist eben die bewusstseinsweiternde Wirkung, die den Suchtkranken – bei entsprechender klinischer und therapeutischer Begleitung – neue Perspektiven auf das eigene Verhalten eröffnen kann.

Auf entsprechende Hinweise sind zwei norwegische Wissenschaftler bei der nochmaligen Auswertung von sechs klinischen Studien aus den 1960er und 1970er Jahren gestoßen. Insgesamt seien 536 Alkoholikerinnen und Alkoholiker in den verschiedenen Untersuchungen erfasst worden. Die Auswertung habe ergeben, dass es den mit LSD behandelten Abhängigen bei einer ersten Nachuntersuchung durchschnittlich besser gegangen sei als diversen Kontrollgruppen.

Die durch die norwegischen Forscher beschriebene Wirkung von LSD bei der Alkoholtherapie ist offenbar vergleichbar mit anderen Phänomenen. Auch halluzinogenen Pilzen ist bereits eine förderliche Wirkung bei der Behandlung von Suchtkranken zugeschrieben worden.

**Quelle:** Spiegel online, 9. März 2012, <http://goo.gl/XJ7go>

## DG-SAS lädt zum zweiten Bundeskongress ein

**Potsdam** ▪ „Handlungskonzepte und methodisches Handeln der sozialen Arbeit in der Suchthilfe“ heißt das Thema des zweiten Bundeskongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit in der Suchthilfe (DG-SAS). In Kooperation mit der Fachhochschule Potsdam wird die Tagung am 24. und 25. September 2012 in Potsdam ausgerichtet.

Beratung, Behandlung, Niedrigschwelligkeit, Lebensbegleitung: Diese Themenbereiche der Sozialen Arbeit werden häufig in der Suchthilfe nachgefragt. Die Adaption der Kompetenzen auf die speziellen Bedingungen der Suchthilfe ist aber noch nicht sehr weit gediehen. Dazu will der Bundeskongress der DG-SAS beitragen.

Themen wie soziale Diagnostik, wirksame Interventionstechniken, Selbstevaluation, Netzwerkarbeit, aber auch Ergebnisse der Praxisforschung und Marketing in der Suchthilfe werden auf der DG-SAS-Tagung behandelt werden. Des Weiteren werden Intelligenzminderung und Sucht, fachpolitische Aspekte und aktuelle präventive Ansätze ihren Platz auf der Veranstaltungsagenda finden.

### Infolink

---

Das endgültige Tagungsprogramm finden Sie ab Mitte April 2012 auf der Homepage der DG-SAS:  
<http://www.dg-sas.de>

Weitere Fragen beantwortet Ihnen Alexandra Vogelsang (Tel.: 0251 591-3838) vom Projektbüro der DG-SAS beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe.  
[alexandra.vogelsang@lwl.org](mailto:alexandra.vogelsang@lwl.org)

## Bundes-Drogenkongress mit Open-Space zur Suchthilfe-Praxis

**Bremen** ▪ Bereits zum 35. Mal lädt der Fachverband Drogen- und Suchthilfe (fdr) zum Bundes-Drogenkongress ein. Am 14. und 15. Mai 2012 soll es im Atlantic-Hotel Universum in Bremen wieder um aktuelle Entwicklungen in Theorie und Praxis der Suchthilfe gehen.

Der Kongress wird in zwei Phasen ablaufen: Der erste Tagungstag ist Referaten und theoretischen Erörterungen gewidmet. Am zweiten Tag der Veranstaltung wird ein „Open Space“ eröffnet, wo die Praxis das Wort erhalten soll. Unter der Anleitung von „Space-Moderatorinnen und –Moderatoren“ werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer neue Einblicke in die praktische Suchthilfearbeit erhalten.

### Infolink

---

Informationen zum 35. Bundes-Drogenkongress finden Sie auf dem Informationsportal:  
<http://tinyurl.com/fdr-35BDK-2012>

**Quelle:** fdr-online info, Nr. 29, 12. März 2012

## Bietet Selbsthilfe Unterstützung für Medikamentenabhängige?

**Berlin** ▪ Die diesjährige Sucht-Selbsthilfekonferenz ist der Medikamentensucht gewidmet. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) hat mittlerweile das vorläufige Programm für die Veranstaltung vom 27. bis 29. April 2012 in Erkner bei Berlin veröffentlicht.

Auch in der ärztlichen Praxis werden Missbrauch und Abhängigkeit von Medikamenten oft gar nicht oder zu spät erkannt, schreibt die DHS darin. Das könnte einer der Gründe sein, warum Medikamente zur „heimlichen Volksdroge“ avanciert seien.

Die Tagung will vor allem die Frage erörtern, ob Selbsthilfegruppen mit ihrer hohen Betroffenenkompetenz auch und gerade für Medikamentenabhängige besondere Unterstützung leisten können. Denn bislang scheint es so, dass Medikamentenabhängige eher selten den Weg zur Sucht-Selbsthilfe finden.

### Infolink

---

Sie finden das Programm und Anmeldeinformationen im Internet-Angebot der DHS:  
<http://goo.gl/R9F1W>

## Ministerium fast Ergebnisse zu Eltern-Zugang zusammen

**Berlin** ▪ Eltern sind wichtige Partner bei der Suchtprävention für Kinder und Jugendliche. Suchtberatungsstellen leisten zwar Hervorragendes, sie finden allerdings gerade bei problematisch Alkohol konsumierenden jungen Menschen nur schwer Zugang. Das Bundesgesundheitsministerium hat in der 45-seitigen Broschüre „Empfehlungen für Eltern im Umgang mit dem Alkoholkonsum ihrer Kinder: wissenschaftlicher Kenntnisstand“ die Ergebnisse einer Studie zum Thema vorgestellt.

Die Ergebniszusammenfassung zeigt auf, welchen Einfluss Eltern auf das Konsumverhalten ihrer Kinder haben. Sie selbst beurteilen ihren eigenen Einfluss auf ihre Kinder oft skeptisch und wirken ratlos. Erfolgreiche Strategien, wie ein Dialog mit dem eigenen Nachwuchs über problematischen Alkoholkonsum in Gang gesetzt werden kann, werden in der Schrift genannt. Eingegangen wird auch auf die Vorbildfunktion der Eltern. Der gelebte moderate Alkoholkonsum wird nach Ansicht der Verfasser zum Maß für den Alkoholkonsum der über 16-jährigen Jugendlichen.

### Infolinks

---

Sie können sich die Broschüre beim Bundesgesundheitsministerium herunterladen. Auf der folgenden Internetseite finden Sie auch einen Bestell-Link.  
<http://goo.gl/kvr8K>

Die LWL-Koordinationsstelle Sucht hat mit der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen in den vergangenen Jahren im Projekt „Eltern.aktiv“ Zugangswege zu problematisch konsumierenden Jugendlichen über deren Eltern erprobt. Beachten Sie dazu den folgenden Bericht in diesem LWL-KS-Newsletter:  
[Eltern.aktiv zu Gast beim Präventionstag in München](#)

## Expertise zur Vernetzung verschiedener Hilfesysteme

**Hannover/Berlin** ▪ Werden Kinder oder Jugendliche süchtig, sind verschiedene Hilfesysteme gefragt: Schule, Berufsausbildung, Gesundheitssystem, Familienhilfe, Straffälligenhilfe und weitere. Jedes Hilfesystem hat seinen je eigenen Blick auf das Problemfeld und eigene Lösungsansätze. Dabei wird der spezifische Bedarf der jungen Zielgruppe meist nur in Teilen abgedeckt. Die Zusammenarbeit der verschiedenen beteiligten Akteure ist also zwingend notwendig.

Der Fachverband Drogen- und Suchthilfe (fdr) hat eine Expertise zur Zusammenarbeit der Angehörigen relevanter Arbeitsfelder erstellt. Am 12. Januar 2012 wurde dazu eine Expertenanhörung in Berlin durchgeführt. Die Ergebnisse wurden nun unter dem Titel „Jugend Sucht Vernetzung“ publiziert.

### Infolinks

---

Die Expertise können Sie sich auf der fdr-Internetseite herunterladen:

[http://fdr-online.info/media/Texte/Expertise\\_JUGEND-SUCHT-VERNETZUNG.pdf](http://fdr-online.info/media/Texte/Expertise_JUGEND-SUCHT-VERNETZUNG.pdf)

Auch die Beiträge der Expertenanhörung finden Sie auf der fdr-Homepage:

<http://fdr-online.info/pages/infos-fuer-die-suchthilfe/texte/tagungs--und-seminarberichte/experten-innenanhoerung-jugend-braucht-vernetzung.php>

Auch die LWL-Koordinationsstelle Sucht hat sich mit der Vernetzung vor allem der Jugend- und der Suchthilfe beschäftigt und dazu einen Materialienband herausgegeben. Beachten Sie dazu den folgenden Bericht in diesem LWL-KS-Newsletter:

[„Wendebroschüre“ bietet zwei Perspektiven auf ein Thema](#)

**Quelle:** fdr-online info, Nr. 29. 12. März 2012

## DHS spricht Kinder aus suchtbelasteten Familien an

**Hamm** ▪ An Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten Familien richten sich zwei Publikationen, auf die die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) hinweist. Das Bilderbuch „Bitte, hör auf!“ richtet sich an fünf- bis neunjährige Kinder, deren Eltern ein Suchtproblem haben. Es basiert auf einem bereits zehn Jahre alten Schweizer Original.

Zwölf- bis 15-jährige Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten Familien sollen mit dem Comic „Voll normal!“ angesprochen werden. Die neuaufgelegte Bildergeschichte entstand in Zusammenarbeit mit einer Krankenkasse.

### Infolinks

---

Die DHS bietet beide genannten Publikationen zum Herunterladen an:

[http://www.dhs.de/fileadmin/user\\_upload/pdf/Broschueren/Bitte\\_hoer\\_auf\\_Doppelseiten.pdf](http://www.dhs.de/fileadmin/user_upload/pdf/Broschueren/Bitte_hoer_auf_Doppelseiten.pdf)  
[http://www.dhs.de/fileadmin/user\\_upload/pdf/Broschueren/Voll\\_normal\\_Doppelseiten.pdf](http://www.dhs.de/fileadmin/user_upload/pdf/Broschueren/Voll_normal_Doppelseiten.pdf)

Größeren Stückzahlen können Sie bei der DHS über ein Online-Formular bestellen:

<http://www.dhs.de/infomaterial/bestellung.html>

**Quelle:** DHS-Newsletter 1-2012, 24. Februar 2012

---

# Impressum

Der LWL-KS-Newsletter wird herausgegeben von:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe  
Dezernat 50  
LWL-Koordinationsstelle Sucht  
Leitung: Wolfgang Rometsch  
Warendorfer Str. 27  
48145 Münster  
Tel.: 0251/591-3267  
Fax: 0251 591-5499  
E-Mail: [kswl@lwl.org](mailto:kswl@lwl.org)  
Redaktion: Mathias Speich (verantwortlich)  
Anschrift wie oben  
Ulrich Klose  
Jörg Körner

**Haftungshinweis:** Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich